

# Aus der Roten Revue vom September 1929 : eine taktische Frage

Autor(en): **Schmid, Arthur**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **63 (1984)**

Heft 2

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-340093>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# Eine taktische Frage

Arthur Schmid senior zur Bundesratsbeteiligung

*In der Roten Revue vom September 1929 schrieb Arthur Schmid (senior) einen längeren Artikel über die Frage der Bundesratsbeteiligung. Dass im Grundsatz die Fragestellung sich seit mehr als 50 Jahren kaum geändert hat, zeigt, wie schwer die Antwortfindung ist, und dass man sich damals genauso wie heute mit den gleichen Bedenken, mit den gleichen Vor- und Nachteilen herumgeschlagen hat. Im folgenden einige Passagen aus dem Artikel aus dem Jahre 1929.*

Die bürgerlichen Parteien offerieren zwar den Sitz, aber selbstverständlich nur für einen Sozialdemokraten, der ihnen genehm ist, den sie «akzeptieren» können. Die Sozialdemokratische Partei wird sich darauf besinnen, dass sie um die Eroberung der politischen Macht kämpft, dass die Zukunft zweifellos *ihr* gehört, dass sie sich nicht so *weit herablassen kann, sich die Kandidaten von den bürgerlichen Parteien vorschreiben zu lassen*, und sie wird infolgedessen dieses Anerbieten ablehnen. Aber es wird innerhalb der Partei dannzumal Genossen geben, die trotzdem einen Versuch machen wollen, und so wird unter Umständen über die Annahme einer solchen Offerte innerhalb der Partei eine Meinungsdivergenz über die andere entstehen. Man wird vielleicht einzelne Genossen, von denen man weiss, dass sie von den Bürgerlichen nicht akzeptiert werden, zum voraus ausschalten, weil sicher feststeht, dass sie nicht gewählt werden. *Die Kandidaten-*

*frage wird zu einer Frage des schlimmsten Opportunismus. Um eine Bekämpfung des sozialdemokratischen Kandidaten durch die bürgerlichen Parteien zu vermeiden, wird man ausserordentlich sorgfältig bei der Auswahl vorgehen. Bei einer solchen Entwicklung der Sache profitiert die Partei nichts. Im Gegenteil. Sie erleidet schwere Schädigungen. Das Misstrauen innerhalb der Arbeiterschaft gegenüber solchen Machenschaften wird geweckt und wird die schlimmsten Auswirkungen haben.*

\*

... Die Beteiligung an andern Verwaltungsbehörden (Gemeinderäten, Verwaltungsräten kantonaler Elektrizitätswerke, Erziehungsräten, Bankräten, Regierungsräten usw.) bedingt noch nicht die Beteiligung am Bundesrat. Die Beteiligung an den Bundesratswahlen ist eine taktische Frage. Wir müssen sie, wie für jede andere Behörde, *in einem bestimmten Moment als selbständige taktische Frage zu entscheiden wissen.*

Zudem ist festzustellen, dass die Folgen der Beteiligung an andern Verwaltungsbehörden für die Partei nicht immer günstig waren. Ich will in diesem Zusammenhange nur darauf verweisen, dass wir schon in Gemeinden draussen die tüchtigsten Genossen der Bewegung entzogen haben, indem wir sie in die Gemeinderäte hineinsteckten. Ausser ihnen war niemand da, der mit der gleichen Hingabe arbeitete und mit der gleichen Autorität die Arbeiterschaft führte. Das Experiment der Beteiligung zeitigte auf dem

Gebiete der Verwaltung für die Arbeiterschaft *nichts* Wesentliches. Der Genosse Gemeinderat musste seine Arbeit für kleine und kleinste Verwaltungsgeschäfte verbrauchen, *ohne in grundsätzlichen und wichtigen Fragen etwas erreichen zu können, weil er allein war.* Seine ganze freie Zeit wurde durch diese Arbeiten absorbiert. Er war nicht in der Lage, das Misstrauen, das in der Arbeiterschaft entstand, zu beseitigen. Dieses Misstrauen wirkte lähmend auf ihn und auf die Parteitätigkeit, und so litt die ganze Bewegung unter diesem Experiment. Wenn man die Klugheit gehabt hätte, nicht in einem vorzeitigen Stadium in die Gemeindebehörde einzutreten, und wenn man die Festigkeit gehabt hätte, unter Umständen auch noch ein Jahrzehnt zu warten, dann hätte man die ganze Gemeinde erobert und hätte zu einem wichtigen Experiment ausholen können. So aber verdarb man alles durch den Heiss hunger nach einem Gemeinderatsmandat. Dass diese Misserfolge die Gesamtbewegung wesentlich beeinflussten, will ich nicht behaupten. *Dass aber ähnliche Misserfolge im Bundesrat die Gesamtbewegung beeinflussen würden, ist für mich ganz selbstverständlich . . .* \*

... Wir müssen uns immer daran erinnern, dass nicht die Eroberung von Sitzen die Hauptsache für die Arbeiterklasse ist, sondern die Stärkung ihrer Kampfkraft, *ihrer Macht auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiete, ihrer Zuversicht und ihres Selbstvertrauens.* In dem Moment, wo wir dazu gelangen, mehr und mehr das Hauptgewicht bei unsern Aktionen auf die Eroberung von einzelnen Sitzen zu verlegen, mehr und mehr zu betonen, dass es schon einen wesentlichen Fortschritt bedeutet,

wenn wir wenigstens einen Regierungssessel, einen Bundesratsessel besetzen können, beeinflussen wir die Auffassung der Massen. *Es gibt je länger, je mehr Leute, die glauben, der Sozialismus marschiere, wenn wir solche Sitze bekommen.* Die Werbearbeit für die Partei und die Gewerkschaft wird nicht mehr so eingeschätzt, wie sie gewertet werden sollte. Politische Kämpfe um grundsätzliche Fragen treten in den Hintergrund. Man weiss, dass man in Minderheit ist und verlangt etwas Positives, Vorschläge, die von der Mehrheit des Volkes gutgeheissen werden können. *Und zwar im ersten Mal.* Man weiss nicht mehr, dass man vielleicht drei- und viermal für einen Gedanken werben muss, bevor er im Volke zum Siege gelangt. Man glaubt, auf dem Wege des Verhandeln wunder was erwirken zu können. Deshalb sollen in diesen Behörden Sozialdemokraten sitzen.

Und doch ist die Sache *so* einfach. *Wirkliche Erfolge für die Arbeiterschaft werden immer nur erkämpft, wenn die Masse marschiert;* wenn Partei und Gewerkschaften gewaltige Fortschritte in ihrer Mitgliederzahl erzielen; wenn die Bürgerlichen durch unsern Vormarsch gezwungen sind, Konzessionen zu machen. Die schönsten Worte, die klügsten Verhandlungen, die geschicktesten Vorschläge, von den fähigsten Leuten vorgebracht, sind erfolglos, *wenn nicht die Macht der organisierten Arbeiterklasse Erfolge zu erzielen vermag.* Und diese Erfolge werden erzielt, ohne dass wir irgend jemanden in der betreffenden Behörde haben. Die 48-Stunden-Woche ist eine Frucht des Generalstreiks von 1918 und der entschlossenen Haltung der Arbeiterschaft von damals. Den Nationalratsporz hätten wir *nie* so rasch bekommen ohne die damaligen Ereignisse. Soll man nun wirk-

lich den Glauben in der Arbeiterschaft grossziehen, dass durch die Besetzung solcher Sitze Wunder geschehen können? Die Arbeiter sind im allgemeinen sowieso geneigt, all dem Glauben zu schenken, was von ihnen *keine Anstrengungen, keine Opfer und keine Arbeit* verlangt. Sollen wir nun ausgerechnet diese Mentalität stärken, indem wir den Wunderglauben an die Tätigkeit von einzelnen Verwaltungsbehördenmitgliedern in einer mehrheitlich bürgerlichen Verwaltungsbehörde fördern, *indem wir ihm nicht energisch entgegen-treten?* Ich bin der Meinung, dass wir das nicht tun sollen. Wir sollen im Gegenteil volle Klarheit über die Bedeutung dieser Ämter schaffen. Dann wird es sich zeigen, dass, wenn wir die Zeit, die wir für Diskussionen über solche Fragen verwenden, für Agitation, für Werbung neuer Mitglieder, zur Festigung unserer Organisationen, zur Bildung der Parteigenossen ausnützen würden, weit mehr erreicht wird, dass der positive Gewinn ein viel grösserer wäre, als wenn wir über diese Frage des langen und breiten diskutieren und die Gefahr heraufbeschwören, dass der ursprüngliche Kampf der Arbeiterschaft um sozialistische Ideale zu einem blossen Streit um Sitze im bürgerlichen Staat wird.

Es ist behauptet worden, dass grosse Teile der Arbeiterschaft es nicht verstehen würden, wenn wir uns an den Bundesratswahlen nicht beteiligen. Ja, dass einzelne Mitläufer sich von unserer Partei abwenden und sich der bürgerlichen Partei zuwenden würden. Das trifft für einzelne Wähler tatsächlich zu. Aber ich sage, wir können uns gratulieren, wenn wir diese Leute nicht in der Partei haben. Sie sind nicht geeignet, eine sozialdemokratische Politik zu machen. Sie werden höchstens

das, was wir im Laufe der letzten Jahrzehnte erreicht haben, in Frage stellen. Wenn wir neue Bevölkerungsschichten für unsere Ziele und für unsere Politik gewinnen wollen, dann wollen wir sie gewinnen *auf Grund unserer sachlichen Forderungen, auf Grund unserer Ideale. Mit diesen Leuten werden wir die Zukunft erobern und die neue Welt aufbauen.* Aber nicht mit jenen, die in ihrem spiessbürgerlich-kapitalistischen Geiste und in ihrem Egoismus nur an sich selber denken, wenn sie Politik machen und der Sozialdemokratischen Partei beitreten möchten.

## Eine lange Stunde

Von Nationalrätin  
Angéline Fankhauser

---

Gewählt ist mit 124 Stimmen . . .

Der letzte Bruchteil einer Hoffnung. Der Atem stockt, ich möchte so gerne jubeln, vielleicht geschieht ein Wunder . . .

Dann diese Ohrfeige! Also doch. Ich hatte es beim Aufstehen am Radio erfahren: Über Nacht wurde in Bars und Restaurants politisiert, Macht wurde gesammelt, ein Kraftakt vorbereitet.

Lilian wurde nicht gewählt. Bekannte Gefühle kommen in mir hoch: Traurigkeit? Beklommenheit? Wut? Alles zusammen und abwechslungsweise!

Was würden in einer solchen Situation bewährte Friedensfrauen unternehmen? Ich möchte schreien, sagen, dass es so nicht weitergeht, zeigen, wie wir Frauen diese Ermutigung brauchten, erklären, wie die Sozialdemokraten sich nicht weiter demütigen lassen wollen,